



Stadt Weiden in der Oberpfalz

Vertragsregelungen

Offenes Verfahren gem. § 15 VgV

**Beschaffung von Postdienstleistungen
für die Stadt Weiden i.d.OPf.**

11/4-2026-Hc-03

Inhaltsverzeichnis:

| | | |
|-----|--|---|
| 1. | Vertragsgegenstand | 3 |
| 2. | Vertragsbestandteile | 3 |
| 3. | Geheimhaltung/Schweigepflicht | 3 |
| 4. | Datenschutz | 3 |
| 5. | Stückzahlenstatistiken | 4 |
| 6. | Weitere Pflichten des Auftragnehmers | 4 |
| 7. | Rechnungsstellung | 4 |
| 8. | Nachträgliche Preisanpassung | 5 |
| 9. | Eingesetztes Personal | 6 |
| 10. | Vertragsdauer | 6 |
| 11. | Leistungsstörung und Nichterfüllung der Leistung | 6 |
| 12. | Haftung/Versicherungsschutz | 6 |
| 13. | Schlussbestimmungen | 7 |

1. Vertragsgegenstand

Gegenstand dieses Vertrages ist die Erbringung von Postdienstleistungen durch Abholung und Zustellung von Briefen für das Postleitzahlengebiet 92 (Los 1) bzw. von Briefen inkl. Einschreiben und Postzustellungsaufträgen sowie Postkarten und Päckchen im gesamten Bundesgebiet (Los 2). Los 2 enthält weiterhin noch die Leerung des Postfaches des Auftraggebers und Lieferung der entnommenen Post. Der genaue Leistungsumfang ergibt sich auch aus der Leistungsbeschreibung der Vergabeunterlagen.

2. Vertragsbestandteile

Es gelten nacheinander folgende Vertragsbestandteile:

- diese Vertragsregelungen
- Leistungsbeschreibung
- Angebot des Bieters, insbesondere das von ihm ausgefüllte Preisblatt
- Eventuelle Konkretisierungen durch Antworten auf Bieterfragen
- die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B)
- zusätzliche Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (Formblatt L 215)

Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers sind ausgeschlossen und finden keine Anwendung.

3. Geheimhaltung/Schweigepflicht

Die beiden Vertragsparteien verpflichten sich gegenseitig zur Geheimhaltung über alle im Rahmen der Tätigkeiten aus diesem Vertrag zur Kenntnis gelangten Angelegenheiten (einschließlich betrieblicher Abläufe und Geschäftsgeheimnisse) gegenüber Dritten. Die Verpflichtungen gehen zeitlich über das Vertragsverhältnis sowie über die jeweiligen individuellen Arbeitsverhältnisse hinaus.

4. Datenschutz

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die folgenden Bestimmungen des Datenschutzes einzuhalten:

- Als Unternehmen, das Postdienstleistungen erbringt, ist der Auftragnehmer hinsichtlich seiner Leistung zur Wahrung des Postgeheimnisses nach § 64 PostG verpflichtet. Er unterliegt dabei insbesondere den datenschutzrechtlichen Regelungen der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG), in der jeweils gültigen Fassung, die durch die Vorschriften der §§ 68 bis 71 Postgesetz (PostG) ergänzt werden.
- Der Auftragnehmer verarbeitet personenbezogene Daten im Zusammenhang mit der Erbringung der Postdienste nur unter den gesetzlichen Voraussetzungen der §§ 68 bis 71 PostG. Er gibt firmen- und personenbezogene Daten, inkl. der auf den Sendungen angebrachten Adressen, nicht an Dritte weiter. Der Auftragnehmer haftet für das von ihm eingesetzte Personal.
- Der Auftragnehmer setzt für die auftragsmäßige Verarbeitung personenbezogener Daten nur Personal ein, das auf das Datengeheimnis nach § 53 BDSG verpflichtet ist.
- Der Auftragnehmer unterrichtet den Auftraggeber oder dessen Bevollmächtigten nach Aufforderung über die getroffenen Datenschutz- und Datensicherungsmaßnahmen,

insbesondere solche nach Art. 24 DSGVO in geeigneter Weise. Der Auftraggeber ist jederzeit berechtigt, die Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz und die Datensicherheit sowie der von ihm getroffenen Weisungen zu überprüfen. Den hiermit besonders beauftragten Mitarbeitern des Auftraggebers ist zu diesem Zweck Zutritt zu den Betriebsräumen zu gewähren. Dabei ist auch die Auskunft über die einzelnen Bearbeitungsvorgänge zu erteilen.

- Bei schwerwiegenden Störungen des Betriebsablaufs, bei Verdacht auf Datenschutzverletzungen oder bei anderen Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit der Verarbeitung der Daten des Auftraggebers unterrichtet der Auftragnehmer den Auftraggeber umgehend.
- Bei Vergabe von Unteraufträgen ist der Auftragnehmer verpflichtet, im Verhältnis Auftragnehmer – Nachunternehmer die gleichen Rechte und Pflichten in datenschutzrechtlicher Hinsicht festzulegen, wie sie im Verhältnis Auftraggeber – Auftragnehmer bestehen. Der Auftragnehmer haftet dem Auftraggeber für die Erfüllung der datenschutzrechtlichen Pflichten des Nachunternehmers.
- Dem Auftragnehmer ist bekannt, dass Verstöße gegen das Datengeheimnis nach Art. 83 DSGVO, sowie nach § 42 BDSG bzw. nach § 203 Strafgesetzbuch (StGB) mit Freiheits- oder Geldstrafen bzw. Geldbußen geahndet werden können.
- Die Verletzung von Datenschutzvorschriften stellt einen Grund zur fristlosen Kündigung dar.
- Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Auftraggeber von Schadensersatzansprüchen Dritter wegen der Verletzung von Datenschutzvorschriften freizustellen.
- Die vorgenannten Verpflichtungen gelten auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses sowie über die jeweiligen individuellen Arbeitsverhältnisse hinaus fort.

5. Stückzahlenstatistiken

Der Auftragnehmer liefert einmal jährlich nachträglich eine Stückzahlenstatistik über die übergebenen Sendungen, aufgegliedert nach den ausgeschriebenen Sendungsarten. Die Übermittlung kann schriftlich oder per E-Mail an den Auftraggeber erfolgen.

6. Weitere Pflichten des Auftragnehmers

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Unfallverhütungs- und Arbeitsschutzvorschriften nach dem Arbeitssicherheitsgesetz (AsiG) sowie die allgemein anerkannten sicherheitstechnischen und arbeitsmedizinischen Regeln einzuhalten.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Rücknahme der Eintragung in das Anbieterverzeichnis der Bundesnetzagentur gem. § 4 Abs. 5 PostG unverzüglich anzuzeigen. Dasselbe gilt für sämtliche Nachunternehmer und für die Mitglieder einer Bietergemeinschaft. Die Anzeigepflicht umfasst auch die Änderung der Rechtsform bzw. des Firmennamens.

7. Rechnungsstellung

Die Rechnungen sind monatlich an die Stadt Weiden i.d.OPf., Zentrale Finanzbuchhaltung, Dr.-Pfleger-Straße 15, 92637 Weiden zu übersenden. Die Übersendung per E-Mail an zentrale.finanzbuchhaltung@weiden.de ist ausreichend. Auf sämtliche Rechnungen ist die Auftragsnummer des Auftraggebers anzugeben, die mit der Auftragserteilung mitgeteilt wird.

Das Zahlungsziel beträgt gemäß § 17 VOL/B 30 Tage. Diese Zahlungsfrist beginnt erst dann zu laufen, wenn die darin abgerechneten Leistungen erfüllt wurden und dem Auftraggeber eine ordnungsgemäße und prüfbare Rechnung inkl. nachprüfbarer Aufstellung über die Erfüllung der Leistungen zugegangen ist.

8. Nachträgliche Preisanpassung

Sämtliche im Angebot des Auftragnehmers enthaltenen Preise für Löhne/Tarife und für Material-/Kraftstoff sind auf der Basis der Preise zum Zeitpunkt der Erstellung des Angebotes in die Kalkulation des Auftragnehmers eingeflossen.

In den ersten 12 Monaten nach Beginn der Laufzeit ist eine Preisanpassung nicht möglich. Danach kann eine Preiserhöhung durch den Auftragnehmer einmal jährlich schriftlich beantragt werden, wenn sich die Grundlagen seiner Kalkulation wesentlich verändert haben und sich eine Preiserhöhung von insgesamt mehr als 3 % ergibt.

Hierfür hat der Auftragnehmer seine entsprechend objektiv am Markt gestiegenen Kosten für Material/Energie und/oder Löhne/Tarife und deren Auswirkungen auf seine Angebotskalkulation durch eine neue Preisberechnung bzgl. der betroffenen Positionen der Kalkulation und durch Vorlage entsprechender Belege schriftlich nachzuweisen. Es sind insbesondere die Rechnungen mit den tatsächlich für den Auftragnehmer gestiegenen Preisen der Hersteller/Lieferanten inkl. Bestelldatum und/oder Belege für die Lohn- bzw. Tarifierhöhungen beizulegen.

Ein möglicher objektiver Nachweis sind beispielsweise auch die von der Bundesnetzagentur genehmigten Preisänderungen für die Deutsche Post AG, sofern diese mittelbar auch auf die Geschäftskundentarife durchschlagen oder gestiegene Löhne/Tarifabschlüsse.

Es darf sich nicht um Preissteigerungen handeln, die zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe schon bekannt waren oder die allein im Verantwortungs- bzw. Entscheidungsbereich des Auftragnehmers liegen.

Nach Vorlage der Unterlagen und einer Schlüssigkeitsprüfung durch den Auftraggeber erfolgt eine Preisanpassung in Höhe der nachgewiesenen Preissteigerung. Diese gilt dann ab dem auf die Beantragung plus mindestens 14-tägiger Prüfungsfrist folgenden Monatsersten. Sind die vorgelegten Unterlagen des Auftragnehmers unschlüssig bzw. nicht ausreichend für den Nachweis der Preiserhöhung, kann keine Preisanpassung geltend gemacht werden.

Der Auftraggeber hat das Recht, den Vertrag unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem Monat ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der Preiserhöhung schriftlich zu kündigen.

Eine rückwirkende Preisanpassung ist nicht möglich. Sind die vorgelegten Unterlagen des Auftragnehmers unschlüssig bzw. nicht ausreichend für den Nachweis der Preiserhöhung, kann keine Preisanpassung geltend gemacht werden.

Im Umkehrschluss ist der Auftragnehmer verpflichtet, bei Preissenkungen von mehr als 3 % dies dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen und damit die entsprechenden Unterlagen zur Berechnung der Preissenkung dem Auftraggeber zu übermitteln. Die neuen Preise gelten ab dem auf die Mitteilung folgenden Monatsersten.

Sofern eine Preissenkung durch den Auftragnehmer nicht oder nicht rechtzeitig angezeigt wird, obwohl die Tatbestandsvoraussetzungen dafür vorliegen oder vorgelegen haben, hat der Auftraggeber das Recht, den Differenzbetrag der sich zwischen dem Preis vor der Senkung und dem ab dem Zeitpunkt der jeweiligen Preissenkung errechneten Preis ergibt, vom Auftragnehmer auch rückwirken zu verlangen.

Eine erneute Preisanpassung kann jeweils frühestens nach zwölf Monaten erfolgen.

9. Eingesetztes Personal

Dem Personal des Auftragnehmers ist das Betreten der Gebäude des Auftraggebers für Zwecke der Leistungserbringung nach Absprache mit der jeweiligen Dienststelle oder dem Ansprechpartner des Auftraggebers gestattet.

Das Personal hat sich auf Anfrage der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Auftraggebers entsprechend zu legitimieren (Dienstausweis, Lieferschein etc.).

Aufträge an Unterauftragnehmer dürfen durch den Auftragnehmer ab Beginn dieses Vertrages nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers vergeben werden. Dem Auftraggeber sind dazu die Unterauftragnehmer unter Angabe der zu erbringenden Leistung zu benennen. Auf Verlangen des Auftraggebers sind darüber hinaus Nachweise über die Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit der Unterauftragnehmer (siehe §§ 122, 128 GWB) vom Auftragnehmer zu liefern. Die Haftung des Auftragnehmers für seinen Unterauftragnehmer wird dadurch nicht beschränkt. Der Auftraggeber ist in begründeten Fällen berechtigt, Unterauftragnehmer abzulehnen.

10. Vertragsdauer

Der Vertrag wird für folgenden Zeitraum abgeschlossen:

Vertragslaufzeit: 01. Januar 2027 bis 31. Dezember 2030

Der Vertrag endet nach Ablauf der vereinbarten Vertragsdauer, einer zusätzlichen Kündigung bedarf es nicht.

11. Leistungsstörung und Nichterfüllung der Leistung

Der Auftraggeber kann bei Leistungsstörungen den Rechnungsbetrag anteilig in berechtigter Höhe kürzen.

Bei (auch nur teilweiser) Nichterfüllung der Auftragsleistung durch den Auftragnehmer ist der Auftraggeber unabhängig von einer außerordentlichen Kündigung berechtigt, nach angemessener Fristsetzung zur Erfüllung und erfolglosem Ablauf dieser Frist ein anderes Dienstleistungsunternehmen zu beauftragen. § 323 Abs. 2 BGB findet entsprechende Anwendung. Die durch die Beauftragung entstehenden Mehrkosten gehen bei vom Auftragnehmer verschuldeter Nichterfüllung zu seinen Lasten.

Im Übrigen bleiben weitere vertragliche oder gesetzliche Ansprüche unberührt.

12. Haftung/Versicherungsschutz

Der Auftragnehmer haftet für die von ihm und seinem Personal verursachten Personen-, Sach- und Vermögensschäden, die in Erfüllung und bei Gelegenheit der vertraglichen Verbindlichkeiten entstehen.

Der Auftragnehmer haftet dem Auftraggeber dafür, dass eingesetzte Nachunternehmer die für die Vertragserfüllung erforderlichen Genehmigungen und Rechte besitzen und ihre rechtlichen Verpflichtungen in Zusammenhang mit der Vertragserfüllung, insbesondere die gesetzlichen Sozial- und Arbeitsschutzbestimmungen, beispielsweise des Mindestlohngesetzes einhalten.

Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber von allen vertraglichen und gesetzlichen Ansprüchen frei, die seine Bedienstete oder Erfüllungsgehilfen oder sonstige Dritte im Zusammenhang mit der Erfüllung dieses Vertrages gegen den Auftraggeber geltend machen.

Der Auftragnehmer hat dafür Sorge zu tragen, dass er für die Vertragslaufzeit einen ausreichenden Versicherungsschutz besitzt.

13. Schlussbestimmungen

Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen mindestens der Textform. Dies gilt auch für Änderungen dieser Textformklausel. Mündliche Nebenabreden haben keine Gültigkeit.

Wenn eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam ist oder wird, berührt dies nicht die übrigen Bestimmungen dieses Vertrages. Die Parteien verpflichten sich bereits hiermit, eventuell unwirksame Bestimmungen dergestalt zu ergänzen oder zu ersetzen, dass der mit der ersetzten Bestimmung gewollte wirtschaftliche Zweck möglichst erreicht wird.

Es findet ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts Anwendung.

Soweit die Voraussetzungen des § 38 ZPO erfüllt sind, vereinbaren die Parteien als Erfüllungsort und Gerichtsstand Weiden i.d.OPf..